

14. DEZEMBER 2020 | VIRTUELLE KONFERENZ | PROGRAMM

Europäischer Weg für KI: Schutz von Grundrechten im Zeitalter Künstlicher Intelligenz

10:00 **Begrüßung und Einführung durch den Moderator**



Janosch Delcker

Journalist, Experte für Künstliche Intelligenz

10:10

Einführung

Ein rechtebasierter Umgang mit Künstlicher Intelligenz



Christine Lambrecht

Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz



Michael O' Flaherty

Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

10:30

Keynote



Didier Reynders

Kommissar für Justiz, Europäische Kommission

10:45

Vorstellung der FRA-Studie

„Getting the future right – Artificial intelligence and fundamental rights in the EU“



Joanna Goodey

Leiterin der Abteilung Forschung und Daten, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte



David Reichel

Projektmanager, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

11:20

Paneldiskussion:

Automatisierung der öffentlichen Verwaltung – Einsatz von KI im öffentlichen Sektor und Auswirkungen auf die Grundrechte

Im Mittelpunkt dieser Paneldiskussion stehen KI-Anwendungsfälle im öffentlichen Sektor in der EU. Ausgehend von den Ergebnissen der FRA-Studie und Anwendungsbeispielen in zwei Bereichen (Sozialleistungen und Predictive Policing) werden Herausforderungen, Chancen und mögliche Lösungen für grundrechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz von KI im öffentlichen Sektor diskutiert.



- **Touria Meliani**, stellvertretende Bürgermeisterin von Amsterdam, zuständig für die „Digital City“
- **Matthias Spielkamp**, Geschäftsführer von AlgorithmWatch
- **Olivier Onidi**, stv. Generaldirektor, Generaldirektion Migration und Inneres (DG Home), Europäische Kommission
- **Mireille Hildebrandt**, Professorin für Recht und Technologie, Freie Universität Brüssel
- **Anton Ekker**, unabhängiger Rechtsanwalt mit Spezialisierung auf Tech & Privacy

Diskussion und Interaktion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Mittagspause (12:20–14:00)

14:00

Impulsvortrag



Dragoș Tudorache

Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Sonderausschusses zu künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter (AIDA)

14:10

Paneldiskussion:

Geschäftsmodelle und KI – Einsatz von KI im Privatsektor und Auswirkungen auf die Grundrechte

Thema dieser Paneldiskussion werden grundrechtliche Aspekte der Nutzung von KI durch den Privatsektor sein. Ausgehend von den Ergebnissen der FRA-Studie und Anwendungsbeispielen in zwei Bereichen (Gesundheitsdienste und zielgruppengenaue Werbung) werden Herausforderungen, Chancen und mögliche Lösungen für grundrechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz von KI durch Unternehmen diskutiert.



- **Claire Hédon**, Défenseure des Droits, Equinet-Mitglied, Frankreich
- **Sebastiano Toffaletti**, Generalsekretär der European Digital SME Alliance
- **Sandra Wachter**, University of Oxford
- **Fanny Hidvégi**, Leiterin des Bereichs Europapolitik von Access Now

Diskussion und Interaktion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern

15:00

Paneldiskussion:

KI und die politische Agenda der EU – Wie kann ein grundrechtskonformer EU-Rahmen zur Regulierung von KI entwickelt werden?

Bei dieser Paneldiskussion geht es um die politischen Erfordernisse im Hinblick auf eine mit den Grundrechten im Einklang stehende Nutzung von KI in der Europäischen Union. Die Panelistinnen und Panelisten werden bestehende, bereits geplante und mögliche künftige Regelungen zu KI aus grundrechtlicher Perspektive diskutieren.



- **Alexandra Geese**, Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Kilian Gross**, Leiter des Referats A.2, Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (DG Connect), Europäische Kommission
- **Ursula Pahl**, stellvertretende Generaldirektorin der Europäischen Verbraucherschutzorganisation (BEUC)
- **Philip Alston**, Professor für Rechtswissenschaften, New York University, 2014–2020 UN-Sonderberichterstatler für extreme Armut und Menschenrechte
- **Jan Kleijssen**, Direktor für Informationsgesellschaft und Kriminalitätsbekämpfung des Europarats

Diskussion und Interaktion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern

16:00

Abschluss-Statement



Christian Kastrop

Staatssekretär, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

16:10

Schlusswort der künftigen portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft



Anabela Pedrosa

Staatssekretärin, Ministerium der Justiz, Portugal